

Niederschrift

über die 11. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 22.10.2020

Sitzungsort: Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Unterbrechungen: 18:05 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: Soll	43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist	41 Mitglieder der Stadtvertretung
	95,35 %

Entschuldigt fehlten: Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE)
Ratsfrau **Plessow** (B90/DIE GRÜNEN)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 11. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr **Stegemann** die Einwohnerfragestunde.

3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 14.10.2020). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

4 Beschluss über die Niederschrift der 10. Sitzung der Stadtvertretung am 10.09.2020

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

5 Vorlage: INF/VII/0019

Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) freut sich über die Sanierung des Radweges in der Woldegker Straße und regt an, den Radweg auch entsprechend in beide Richtungen mit Schildern kenntlich zu machen, um die Autofahrer auf Radfahrende von beiden Seiten hinzuweisen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, übergibt die Leitung der Sitzung an Ratsfrau **Klopsch**, stellvertretende Stadtpräsidentin.

Ratsherr **Stegemann** berichtet über die Festveranstaltung „30. Jahrestag der Deutschen Einheit“ am 03.10.2020, die leider durch die Corona-Pandemie, nicht im gewohnten Umfang stattfinden konnte. Die Veranstaltung fand in der Konzertkirche vor sehr kleinem Publikum statt und war über Livestream zu verfolgen. Wie auch der Presse zu entnehmen war, gab es eine offizielle Delegation aus der Partnerstadt Flensburg. Gäste waren Frau Simone Lange, Oberbürgermeisterin, sowie Herr Fuhrig, Stadtpräsident. In diesem Zusammenhang betont Ratsherr **Stegemann**, dass er es begrüßen würde, wenn Vereine, Verbände und Institutionen der Stadt Neubrandenburg sich im Rahmen der städtepartnerschaftlichen Beziehungen mit der Stadt Flensburg engagieren.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, berichtet aus der letzten Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städtetages. Der Focus lag auf der Zukunft der Innenstädte.

Folgende drei Themen seien für die Zukunft der Innenstädte relevant:

1. Immobiliensituation
2. Werbegemeinschaft aus vielen Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern, um die Attraktivität der Innenstädte zu optimieren.
3. Wandel der Innenstädte. Aktive Gestaltung mit bspw. Veranstaltungen sowie Schaffung von mehr (nicht kommerziellen) Plätzen zum Verweilen.

Die Forderung des Städtetages sei, dass die Umwandlung/Umgestaltung der Innenstädte in Bezug auf die Städtebauförderung viel stärker beleuchtet werden soll.

Die kommunalen Haushalte wurden angesichts der Corona-Pandemie ebenfalls thematisiert. Als Mecklenburg-Vorpommern-Vertreter haben die vier Oberbürgermeister, die an dieser Veranstaltung teilgenommen haben, sich gegen ein Beherbergungsverbot ausgesprochen. Gerade die Gastronomie und die Hotelbranche haben sich in den letzten Monaten vorbildlich verhalten und dank Hygienekonzepten konnte bewiesen werden, dass Infektionsherde nicht hier liegen, sondern auf ganz anderen Wegen entstehen.

Des Weiteren informiert Herr **Witt** über ein Gespräch des Präsidiums des Städtetages mit der Bundeskanzlerin zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland am 20.10.2020. Frau Dr. Merkel begrüßte das Engagement der Städte und erklärte, dass bei der Verteilung der

aus Griechenland nach Deutschland kommenden Flüchtlinge besonders die Städte berücksichtigt werden sollen, die ihre Bereitschaft zur Aufnahme erklärt haben. Die Bundeskanzlerin habe signalisiert, hierzu mit den Bundesländern Kontakt aufzunehmen. Auch benannte sie die Möglichkeit von Entwicklungspartnerschaften in den Herkunftsländern. Gemeinsames Engagement könne helfen, Fluchtursachen zu minimieren. Das Kanzleramt wolle Staaten benennen, mit denen kommunale Entwicklungspartnerschaften besonders sinnvoll seien.

Zur Entlastung der Gastronomie in dieser schwierigen Zeit werde die Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, für die Monate März, April und Mai 2020 für die Außengastronomie keine Berechnungen zur Sondernutzungsgebühr vornehmen. Es sei kein aufwendiges Einzelantragsverfahren erforderlich, so der Oberbürgermeister.

Außerdem spricht sich Herr **Witt** für eine Weiterführung der Serie „Unsere Stadt. unsere Künstler!“ aus. Hierzu gibt es hinsichtlich des Umgangs mit dem Infektionsgeschehen unterschiedliche Sichtweisen. Trotzdem sollte mit Hilfe von Hygienekonzepten der Weg in eine geänderte Normalität gefunden werden. Dieses Signal in die Kunst- und Kulturszene erreicht er als sehr wichtig.

Der Oberbürgermeister berichtet über ein Gespräch zwischen den Ausschussvorsitzenden Ratsherrn **Schwanke** (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit, und Ratsherrn **Giermann** (CDU), Ausschussvorsitzender des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport sowie weiteren Ratsmitgliedern, der Polizei, dem Jugendamt und der Verwaltung. Ziel war es, Lösungen für mehr Raum für junge Menschen zu erarbeiten. Daraufhin gab es den Vorschlag, eine Zukunftswerksatz zu initiieren, bei der die Akteure an einem Tisch sitzen. Zudem wurde vereinbart, am Belvedere ein Schild mit einer „Hausordnung“ sichtbar zu machen, um eine Empfehlung für ein grundlegendes Verhalten darzustellen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Kadow** (fraktionslos) teilt Herr **Witt** mit, dass die Ampelschaltung an der Kreuzung Sponholzer Straße zur Hochstraße noch besser synchronisiert werden müsse.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) erkundigt sich, ob nach der Schließung des Kaufhofs Möglichkeiten bestehen, mit dem Vermieter zusammen eine breitgefächerte Nutzung des Gebäudes zu erreichen.

Er begrüße die Entwicklung und die Bemühungen zur Schaffung von mehr öffentlichen Plätzen, die nicht nur von jungen Menschen, sondern von allen Bürgerinnen und Bürgern zum Verweilen genutzt werden können.

Unter Bezugnahme auf seine Frage in der letzten Sitzung der Stadtvertretung, bittet er um einen aktuellen Sachstand hinsichtlich der Straßenausbaugebühren.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) stellt folgende Fragen:

1. In der Sitzung am 10.09.2020 wurde über das Müllaufkommen in der Innenstadt berichtet. Unter anderem hatte Herr **Witt** informiert, dass neben der Aufstockung der Papierkörbe, eine Strategie entwickelt werden müsse, um das Bewusstsein zur Vermeidung von Einwegverpackungen zu stärken. Welche Strategie verfolgt die Stadt, um dieses Bewusstsein zu stärken?
2. In den Wohngebieten werden häufig Anhänger (auch mit auffälliger Werbung) längere Zeit auf öffentlichen Parkflächen abgestellt. Sie fragt, ob für diese Sondernutzungen Gebühren erhoben werden und bittet um Information, wie hoch die Einnahmen dafür sind.

3. Erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur Einstellung eines Klimaschutzmanagers?

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, bezieht sich zunächst auf die Frage von Rats Herrn **Dr. Wieland** (DIE LINKE) und teilt mit, dass Kontakte zum Eigentümer des Kaufhofgebäudes bestehen und bereits viele Initiativen vorliegen, jedoch darüber bisher nichts Konkretes berichtet werden kann.

Herr **Witt** nimmt Bezug auf die dritte Frage von Ratsfrau **Wegner** zum Klimaschutzmanager und erklärt, dass es keine aktuelle Sachstandmeldung gibt. Die zweite Frage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Die Anfrage von Ratsfrau **Wegner** (Frage 2) erhält die Drucksachennummer: **ANF/VII/0014** und wird schriftlich beantwortet.

Die erste Frage verweist Herr **Witt** zur Beratung in die entsprechenden Fachausschüsse. Er unterstütze dieses Vorhaben und plädiert vor allem für die Stärkung des Bewusstseins bei den Bürgerinnen und Bürgern, um Einwegverpackungen weitestgehend zu vermeiden. Mit Kampagnen und Aktionen müsse darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Einwegverpackungen und damit einhergehende häufige Leerung der Papierkörbe sowie die zusätzliche Reinigung durch Verschmutzung, eine Mehrbelastung des kommunalen Haushalts darstellt.

Rats Herr **Lange** (SPD) bezieht sich auf einen Artikel im Nordkurier und teilt mit, dass die Stadt zur Restauration eines der ältesten Gebäude dieser Stadt 100.000 Euro erhält. Leider befindet sich dieses Gebäude auf der Fischerinsel, sodass Bürgerinnen und Bürger aus Naturschutzrechtlichen Gründen keine Möglichkeit hätten, diese Insel zu betreten. Er fragt, ob es seitens der Stadt Überlegungen gibt, eine Umsetzung des Gebäudes vorzunehmen.

Herr **Witt** teilt mit, dass die obere Denkmalschutzbehörde sich für die Verortung auf der Insel positioniert habe und dafür die nahezu 100 %ige Förderung zukommen lasse. Die auferlegten Restriktionen der Naturschutzbehörden, dass das Gebäude nicht genutzt werden darf, kritisiert Herr **Witt**.

Bezüglich der Luhmann-Villa begrüßt Rats Herr **Messner** die Veränderungen und bedankt sich auf diesem Wege bei allen Beteiligten. In unmittelbarer Nähe befinde sich am Wehr gelegen eine große Weide. Er fragt, ob die Weide einmal jährlich mit einem „Kopfschnitt“ gekürzt werden könne.

Zum Schluss erkundigt sich Rats Herr **Messner** zum Schwanenteich. Nach seinen Erkenntnissen sollte im Jahr 2020 mit der Erneuerung begonnen werden. Er fragt, ob sich an diesem Vorhaben etwas geändert habe?

Herr **Witt** bedankt sich hinsichtlich der Anregung für den Kopfschnitt der Weide und nimmt diesen Vorschlag gerne mit in die Verwaltung. Er führt fort, dass es bereits Vorplanungen für den Neubau der Brücke an der Rostocker Straße gibt. Dabei könnten Hinweise gerne berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage von Rats Herrn **Messner** stellt Herr **Schwabe**, Betriebsleiter Eigenbetrieb Immobilienmanagement, den bisherigen Ablauf zur Neugestaltung des Schwanenteiches dar.

Rats Herr **Schwanke** (CDU) bezieht sich auf die Gestaltungsarbeiten im Eingangsbereich des Kulturparks. Die dort verortete denkmalgeschützte Villa (ehemals Haus der DSF), sei im Besitz einer privaten Eigentümerin. Sie habe das Haus mit recht viel Aufwand denkmalpflegerisch überarbeitet. Er bittet zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die Eigentümerin durch eine Förderung zu unterstützen.

Herr **Witt** bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass mit der Eigentümerin Kontakt aufgenommen werde, um den Sachverhalt näher zu erörtern.

Ratsherr **Donner** (SPD) thematisiert die momentan auch im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte massiv steigenden COVID-19-Infektionszahlen.

Dazu hat er folgende Fragen:

Wie stellt sich die Stadt Neubrandenburg auf die nächsten Monate mit möglicherweise noch höheren Infektionszahlen ein? Gibt es schon Überlegungen für konkrete Maßnahmen?

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0015** und wird schriftlich beantwortet.

Herr **Witt** erklärt, dass außerhalb der Fensterlüftung alternative Lüftungsmöglichkeiten geprüft werden. Das sei mit hohem finanziellen Aufwand verbunden. Solche Investitionen müssten bei weiter steigenden Infektionszahlen vorangestellt werden. Angedacht sei ein Gespräch mit dem Bildungsministerium, um mögliche Investitionsförderungen zu eruieren.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, merkt an, dass die Zuständigkeit beim Landrat liege. Der dort geführte Verwaltungsstab habe über die weitere Verfahrensweise informiert.

Ratsherr **Gille** (SPD) thematisiert die Umgehungsstraße in Neubrandenburg. Direkt neben dem Steepenweg sei damals straßenbegleitend für die Umgehungsstraße ein Entwässerungsgraben gebaut worden, der das Wasser dann in die alte Kiesgrube zum Versickerungsbecken abführen soll. Vor zwei/drei Monaten hatte Ratsherr **Gille** bereits auf die Ausspülungen hingewiesen und hatte die Information erhalten, dass die Stadt sich darum kümmern werde. Bisher sei nichts passiert. Ein nicht geringer Anteil von diesen Ausspülungen werde direkt auf die anliegende Fahrbahn gespült. Er bittet um Prüfung und eine zeitnahe Problembeseitigung.

Herr **Modemann** bedankt sich für den Hinweis. Das Problem sei bereits bekannt und werde erneut an die Firma DEGES herangetragen.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) hatte am 3. Oktober die Gelegenheit, mit einigen Jugendlichen am Brodaer Strand zu sprechen. Er freut sich über die Zukunftswerkstatt. Beim Gespräch mit den jungen Menschen sei herausgekommen, dass sie sich vor allem in dem Bereich Belvedere mehr Mülleimer/Container wünschen.

Herr **Witt** geht auf den letzten Punkt von Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff** ein und erklärt, dass das Problem bekannt sei und entsprechend gehandelt werde.

Herr **Modemann** teilt mit, dass der Schabernack e. V. in der Zukunftswerkstatt mitwirken werde. Leider wurde das erste Auftaktgespräch per Videokonferenz abgesagt.

Ratsherr **Messner** (CDU) bezieht sich auf den Redebeitrag von Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff** (SPD) und merkt an, dass er die Lage mit den Jugendlichen dort verkenne. Es ginge nicht um Lärmbelästigung, sondern um teils nicht volljährige Jugendliche, die dort hochprozentigen Alkohol konsumieren. Gastronomen hätten coronabedingt eine Nachverfolgungsliste zu führen. Es könne nicht sein, dass auf der einen Seite stark kontrolliert werde und auf dem Belvedere werde das Problem nicht registriert.

Ratsherr **D'Aniello** (CDU) ergänzt, dass die vorhandenen Probleme bereits seit Jahren bestehen. Die Jugendlichen können gerne feiern, aber dies sollte zeitlich begrenzt werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) spricht das Thema Mobilität an. Der Untergrund des Verbindungsweges vom Katharinenviertel ins Mühlenholz sei nicht in Ordnung. Die Streckenführung war in der ursprünglichen Form ein gemischter Rad- und Fußweg. Nun sei es für Radfahrende gefährlich, die Breite sei viel zu schmal gewählt und müsse dringend ausgebessert werden.

Des Weiteren habe ihn ein Bürger auf die Ampelschaltung an der Demminer Straße in Höhe der Kranichstraße angesprochen. Hier sei es für Zufußgehende nicht möglich, die Straße in der kurzen Grünphase zu überqueren. Er bittet um Prüfung und Beachtung derartiger Aspekte auch bspw. im Hinblick auf die Neuplanung der Pferdemarktkreuzung.

Herr **Witt** schlägt vor, den Hinweis bzgl. der Ampelschaltung in der Demminer Straße sowie in der Pferdemarktkreuzung im Ausschuss zu beraten. Für die Verbindung Katharinenviertel-Mühlenholz wird eine Prüfung zugesichert und eine Abstimmung mit der DEGES veranlasst.

Ratsherr **Lange** (SPD) bittet die Verwaltung, sich gegenüber dem Landkreis stark zu machen, damit die Linie 6 zu den Schülerbeförderungszeiten öfter verkehrt. Die schulpflichtigen Kinder müssen derzeit sehr früh losfahren, um morgens rechtzeitig zur Schule zu kommen.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0016** und wird schriftlich beantwortet.

7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, bittet je ein Änderungsblatt zu den Drucksachen BV/VII/0064 (TOP 9), VII/317 (TOP 16), BV/VII/0051 (TOP 42), BV/VII/0057 (TOP 52) sowie 2 Änderungsblätter für die Drucksache VII/273 (TOP 19) nachzutragen.

Für folgende Drucksachen liegen **Änderungsanträge** der Fraktionen vor:

BV/VII/0052	(TOP 11)	Änderungsantrag Nr. 1 (Fraktion der SPD)
VII/273	(TOP 19)	Änderungsantrag Nr. 1 (Fraktion DIE LINKE) Änderungsantrag Nr. 2 (Fraktion B90/DIE GRÜNEN)
BV/VII/0039	(TOP 21)	Änderungsantrag Nr. 1 (Fraktion DIE LINKE)

Mitwirkungsverbot

wird für die Drucksache VII/344 (TOP 48) für Ratsherrn **Bromberger** (CDU) und Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) sowie für die Drucksache BV/VII/0025 (TOP 50) für Ratsherrn **Gesswein** (CDU), Ratsherrn **Jaschinski** (DIE LINKE), Ratsherr **Kracht** (AfD), Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) Ratsherr **Messner** (CDU), Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD), Ratsherr **Schnell** (AfD), Ratsherr **Schröder** (DIE LINKE), Ratsherr **Schwanke** (CDU), Ratsherr **Steinführer** (CDU) und Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) festgestellt.

Der Stadtpräsident schlägt vor, die Drucksachen INF/VII/0007, BV/VII/0027, INF/VII/0008, BV/VII/0028, INF/VII/0009, BV/VII/0029, INF/VII/0010, BV/VII/0030, INF/VII/0011, BV/VII/0031, INF/VII/0012, BV/VII/0032, INF/VII/0013, BV/VII/0033, INF/VII/0014 und BV/VII/0034 (TOP 23 bis 38) in **verbundener Aussprache** zu behandeln.

Des Weiteren schlägt er vor, die Beschlussvorlagen im Block abzustimmen und lässt darüber votieren.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt. Die Beschlussnummern werden im Nachhinein durch das Büro der Stadtvertretung vergeben.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) beantragt Rederecht für den in der Drucksache BV/VII/0057 (TOP 52) genannten Kandidaten.

Für Fragen der Mitglieder der Stadtvertretung stehen zu den Drucksachen, VII/343 (TOP 47), BV/VII/0024 (TOP 49) und BV/VII/0026 (TOP 51) die Geschäftsführer bzw. der Betriebsleiter des Eigenbetriebes Immobilienmanagement zu Verfügung.

Ratsherr **Stieber** (SPD) merkt an, dass zur Drucksache BV/VII/0070 (TOP 10) Fragen auftraten und stellt klar, dass es sich bei der Bezeichnung des Gegenstandes um den alten Beschluss handle. Es ist keine vollständige Neubesetzung beabsichtigt, sondern die Wahl eines stellvertretenden Mitglieds.

Abstimmung über das Rederecht: Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

- 9 **Vorlage: BV/VII/0064 - 1 Änderungsblatt**
Änderung des Beschlusses 08/01/19 Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der beratenden Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V
hier: Abberufung eines stellvertretenden Mitglieds und Wahl eines stellvertretenden Mitglieds

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) erklärt, dass es sich hier nicht um eine Abberufung, sondern um eine Niederlegung handelt. Dementsprechend wurde der Gegenstand der Vorlage im Änderungsblatt korrigiert.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/9/2020

- 10 **Vorlage: BV/VII/0070**
Änderung des Beschlusses 59/03/19 Vollständige Neubesetzung des Kulturausschusses gemäß § 36 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Kulturausschuss

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/10/2020

- 11 **Vorlage: BV/VII/0052 - 1 Änderungsblatt**
Erhalt und Sicherung des Projektes "CARlbuni - familienbezogener Stadtteilreff"

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, merkt an, dass der Änderungsantrag der Fraktion des SPD sehr kurzfristig eingereicht wurde.

Ratsherr **Stieber** (SPD) erklärt, dass der Änderungsantrag einen Tag vor der Sitzung im Büro der Stadtvertretung eingereicht, in Session eingepflegt, aber aus technischen Gründen nicht im Ratsinformationssystem dargestellt wurde. Daraufhin habe das Büro der Stadtvertretung den Änderungsantrag heute per E-Mail an die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter versandt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) führt aus, dass die Drucksache bereits seit dem 24.09.2020 in SessionNet eingestellt ist und danach schon drei Ausschüsse und den Hauptausschuss passiert hat, um heute in der Stadtvertretung beschlossen zu werden. Sie bedankt sich herzlich bei allen, die in den Ausschüssen konstruktiv mitgewirkt haben. Im Fazit herrschte Einigkeit, dass die Arbeit im Stadtteiltreff sehr lobenswert sei und die Angebote des Stadtteiltreffs auf dem Datzeberg aufrechterhalten werden sollten. Ein Dankeschön richtet sie auch an die Verwaltung, die im Finanzausschuss konstruktiv mitgewirkt und Hinweise gegeben habe, um den Antrag so zu qualifizieren, dass er mehrheitsfähig werden sollte. Die Änderungen, die in den Ausschüssen ergebnisorientiert herausgearbeitet wurden, werden in den Antrag eingearbeitet.

Die Beschlusssache soll sich in Punkt zwei diesbezüglich ändern. Hier stehe noch, dass die benötigten finanziellen Mittel in die städtischen Haushalte 2021 ff. einzuplanen sind. Gemeinsam wurde besprochen, dass eine kurzfristige Lösung für 2021 benötigt werde. Aus diesem Grund wird der Antrag dahingehend geändert, dass der Punkt nunmehr heißt:

„2. Die benötigten finanziellen Mittel sind in den städtischen Haushalt 2021 einzuplanen.“

Auch in den finanziellen Auswirkungen werden Änderungen eingearbeitet. Diese hießen nunmehr:

„Für das HH-Jahr 2021 in Höhe von max. 60.000 Euro, abzüglich eingeworbener Drittmittel. Eine Unterstützung des Trägers bei der Einwerbung von Mitteln für 2022 wird von der Verwaltung erwartet.“

Hier sei die Anregung der Verwaltung aufgenommen worden, die sich angeboten habe, in Gespräche zu gehen, evtl. Drittmittel einzuwerben, damit der Haushalt 2021 nicht in selbiger Höhe belastet werde. Die finanziellen Auswirkungen wurden um einen Satz erweitert um sicherzustellen, dass Träger und Verwaltung über die finanzielle Ausgestaltung dieses Angebots auf dem Datzeberg weiter im Gespräch bleiben.

Die CDU-Fraktion habe sich sehr gefreut, in den vergangenen Tagen noch E-Mails mit positiven Stellungnahmen erhalten zu haben, so z. B. von Prof. Dr. Barbara Bräutigam, Prof. Dr. Matthias Müller von der Hochschule Neubrandenburg. In diesem Schreiben, das allen vorliege, sprechen sich beide Professoren ausdrücklich für den Erhalt und nachhaltige Verstetigung des Stadtteiltreffs CARlbuni in Neubrandenburg aus. Umso mehr verwundere sie der Änderungsantrag der Fraktion der SPD. Die zu behandelnde Vorlage war nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch Gegenstand von Gesprächen der Fraktionsvorsitzenden und auch der Präsidiumssitzung. Ratsfrau **Dr. Kuhk** geht auf den Inhalt des Änderungsantrages ein und macht deutlich, dass dieser nicht dem Thema der Vorlage der CDU-Fraktion „Erhalt und Sicherung des Projektes CARlbuni“ entspricht. D. h. wenn die Wohlfahrtspflege unterstützt werden solle, dann müsste auch ein entsprechender Antrag eingebracht werden, der genau dieses zum Thema habe. Der vorliegende Änderungsantrag ändere etwas, was in der Drucksache nicht enthalten sei und gehe, indem er auf die gesamte Wohlfahrtspflege abstellt, darüber hinaus. Zum anderen wünsche sich Ratsfrau **Dr. Kuhk** zwischen den Fraktionen mehr Transparenz in der Kommunikation. Sie wirbt dafür, den Änderungsantrag der SPD abzulehnen und der eigentlichen Beschlussvorlage zustimmen.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) begrüßt das Engagement der CDU-Fraktion für eine vielfältige und engagierte Jugendarbeit in der Stadt ausdrücklich. Auch die Fraktion B90/DIE GRÜNEN halte die Arbeit des CARlbuni für unverzichtbar und hatte bereits darauf hingewiesen, dass Möglichkeiten gefunden werden müssen, um das Angebot zu erhalten. Sie sieht die Stadtvertretung aber auch in der Verantwortung für die anderen Träger in Neubrandenburg. Deshalb hatte die Fraktion bereits bei der Beschlussfassung zu den neuen

Förderrichtlinien darum gebeten, dass bald nach Antragsschluss, die zuständigen Ausschüsse über alle vorliegenden Anträge informiert werden sollen, damit die Fraktionen vor Aufstellung des Haushaltes, über eine faire Verteilung der vorhandenen Mittel entscheiden und konstruktiv daran mitwirken können. Leider ist das trotz entsprechender Befassung nicht geschehen. Insofern sei in den Ausschüssen hinterfragt worden, ob die Caritas für CARlbuni zum Haushaltsjahr eine entsprechende Förderung beantragt habe und die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, den erhöhten Bedarf, trotz der Haushaltskonsolidierung, zu erfüllen. Eigentlich war dazu eine entsprechende Aussage der Finanzausschussvorsitzenden im vergangenen Finanzausschuss zugesagt bzw. wurde erwartet. Dazu gab es aber leider nichts und insofern fühle sie sich als Stadtvertreterin ein wenig vorgeführt. Es solle nicht über jede einzelne Förderung eines Vereins oder einer Einrichtung hier abstimmt werden. Sondern die Stadtvertretung sollte ein Gesamtkonzept erarbeiten, Richtlinien für die Stadt haben, nach welchen Kriterien sie die Mittel vergeben kann. So wie es im Moment gehandhabt werde, sei es nicht der richtige Weg.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) führt aus, dass es in dem Änderungsantrag darum gehe, auf der politischen Ebene etwas zu verändern. Bei diesem Antrag müsse eine fachliche Ebene und eine politische Ebene auseinandergehalten werden. Die erste Frage sei, ist es fachlich in Ordnung, dass CARlbuni gefördert und gestützt wird? Dieser Auffassung sei er. Das von Ratsfrau **Dr. Kuhk** angesprochene Schreiben von den beiden Kollegen sei nur eine Äußerung auf der fachlichen Ebene. Woher das Geld komme, bliebe dabei außen vor. Die politische Umsetzung, die die CDU-Fraktion vorschlage, sei nicht in Ordnung und unsolidarisch den anderen Projekten gegenüber. Es müsse ehrlich überlegt werden, ob es in Ordnung ist, einen einzelnen Verein in der Höhe zu fördern. Nach seinem Kenntnisstand war der CDU die Situation bei der Caritas ungefähr seit dem Frühjahr dieses Jahres bekannt. Es habe andere Vorschläge seitens der Stadt an die Caritas gegeben, die aber nicht berücksichtigt wurden. Der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD lege die Hand in die Wunde. Es gehe darum, vom Innenministerium die Möglichkeit zu erhalten für soziale Dinge einfach mehr Geld auszugeben. Er bittet um Zustimmung für den Antrag der Fraktion der SPD.

Ratsherr **Lange** (SPD) verliest einen Leserbrief des Nordkuriers, erschienen in der Neubrandenburger Zeitung am 12.10.2020. Es geht hierbei um die Kritik zur Bevorzugung eines einzelnen Vereins. Er spricht sich dafür aus, sich für jeden Verein einzusetzen, der in der Stadt in der Wohlfahrt aktiv ist, um nicht mit solch einem Handeln das Klima unter den Vereinen zu vergiften. Der Antrag der Fraktion der SPD bezwecke, Geld einzuwerben, um alle Vereine angemessen unterstützen zu können.

Ratsherr **Giermann** (CDU) widerspricht Ratsherrn **Lange**. Ratsfrau **Dr. Kuhk** habe die Situation sehr deutlich dargestellt. In Gesprächen mit der Verwaltung und den Ausschüssen sei eine Zwischenlösung für das nächste Haushaltsjahr gefunden worden. Zum Redebeitrag von Ratsfrau **Wegner** merkt er an, dass aufgrund der im Dezember des vergangenen Jahres geäußerten Kritik der Fraktion B90/DIE GRÜNEN hinsichtlich der Verteilung der Fördermittel in der Wohlfahrtspflege durch Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) zu zwei Arbeitsgesprächen eingeladen worden war, um vor den Ausschüssen auf Arbeitsebene intensiv in die Diskussion der Thematik zu gehen. Beide wurden von der Fraktion B90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der SPD nicht wahrgenommen. Den Vorwurf der Intransparenz möchte er insofern hiermit auch deutlich zurückweisen. Es sei keine Bevorteilung eines Angebotes, sondern die Aufrechterhaltung des Angebotes, um danach eine langfristige und nachhaltige Lösung zu finden.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) bezieht sich auf den Redebeitrag von Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) und führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE aufgrund einer klaren Kommunikation vorher schon eine Zustimmung zugesichert hatte und dazu steht. In Richtung von Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff** gibt er den Hinweis, dass die Vorlage auf den nächsten Haushaltsplan

umgeschrieben werden sollte. Auch hier werde die Fraktion DIE LINKE dann Ihre Unterstützung signalisieren. Er verwehrt sich dagegen, Vereine gegeneinander auszuspielen. Die Fraktion DIE LINKE steht für alle Vereine.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) befürwortet die Unterstützung von CARUbuni. 60.000 Euro sei viel Geld und die Stadt befinde sich in der Haushaltskonsolidierung. Trotzdem sei er der Auffassung, dass das Geld hier bestens eingesetzt wäre. Natürlich sei es immer eine Frage der Verteilung und der Priorität. Er fragt, ob es gerechter wäre, CARlbuni zu schließen und den Menschen auf dem Datzeberg die dort eine besondere Form von Bildung und Kultur gefunden haben, diese Gemeinschaft zu nehmen. Er werbe aber auch für den Änderungsantrag, da dieser weitergehend ist. Es stelle sich aber die Frage, warum der Regionalleiter der Caritas sich nur an die CDU-Fraktion und nicht auch an die anderen Fraktionen und Stadtvertreter gewandt hat. Ebenfalls fragt er, warum die CDU-Fraktion sich nicht im Vorfeld an die anderen Fraktionen gewandt habe, um eine gemeinsame, tragfähige Lösung schon im Antrag hineinzunehmen. Insofern vermisse er seitens des Trägers eine parteipolitische Balance und Neutralität.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** nimmt Bezug auf die Wortbeiträge von Ratsherrn **Prof. Dr. Northoff**. Nur weil heute gesagt werde, dass CARlbuni über das Jahr 2020/2021 gerettet werden soll, bliebe es allen unbenommen, sich auch für andere Angebote in der Stadt Neubrandenburg einzusetzen. Dieses Implementieren, dass ein Träger bevorzugt werden würde, schafft eine Situation - und Ratsherr **Lange** habe es ja aus dem Nordkurier zitiert – in der man anfangs, Vereine gegeneinander auszuspielen. Es gehe aber um die Stadt Neubrandenburg, um die Angebote für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Es sei nicht richtig, hier nun so zu tun, als würde jemand unterstützt und einem anderen würde etwas weggenommen. Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der SPD sehe sie hier einen Prüfauftrag für den Oberbürgermeister. In Richtung von Ratsherrn **Albrecht** merkt sie an, dass es natürlich allen Vereinen und Verbänden gestattet sei, eine politische Meinung zu haben. Wenn man etwas erreichen möchte und ein Problem kommunizieren möchte, muss natürlich ein Kanal gesucht werden, an den man sich wenden kann. Das aufgeworfene Problem sei aufgegriffen worden, vor 5 Wochen wurde die Drucksache eingereicht und im Anschluss in den Ausschüssen diskutiert. Weder der Caritas noch der CDU-Fraktion kann vorgeworfen werden, das Thema nur über einen Kanal eingebracht zu haben.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) zieht das Fazit, dass sich alle einig sind, dass CARlbuni weiterhin Bestand haben soll. Das Problem sei aber die Frage der Finanzierung. Im Finanzausschuss wurde informiert, dass zusätzliche Mittel für freiwillige Leistungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung stehen. Auch aus der Verwaltung habe sie bisher nichts gehört, dass es doch Mittel geben würde. Hinsichtlich der von Ratsherrn **Gierrmann** erwähnten Termine, bei denen ihre Fraktion gefehlt habe, teilt sie mit, hierfür keine Einladung erhalten zu haben. Grundsätzlich stelle sich die Frage, nach welchen Kriterien die Anträge zu der Förderrichtlinie gestellt werden. Da seien tatsächlich durch die Caritas für CARlbuni 15.000 Euro beantragt worden. Sie fragt, ob es hier Voransprachen/Absprachen gab, damit die vorhandenen 120.000 Euro gerecht verteilt werden. Das finde sie nicht in Ordnung. Im Rahmen der Förderrichtlinie müssten auch alle Vereine das beantragen, was sie wollen und dann könne man zu sachgerechten Entscheidungen kommen. Grundsätzlich sollten diese Anträge im Sinne der Förderrichtlinie zum Zeitpunkt des Antragsschlusses eingebracht werden und nicht im Nachgang auf anderen Wegen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion, sieht hier jedoch ein nicht geglücktes Verfahren, dieses Anliegen vorzubringen. Er finde es auch nicht selbstverständlich, dass die Caritas über die CDU-Fraktion ihre Interessen vertritt. Gleiches gelte auch für die AWO und die Fraktion der SPD. Das Verfahren sollte transparent sein. Das bedeutet, dass die Caritas, wenn sie in Finanznot sei, sich an alle Fraktionen gleichermaßen wendet. Den Antrag der Fraktion der SPD, über das Innenministerium klären

zu lassen, ob eine Ausweitung der freiwilligen Leistungen in Zeiten der Haushaltskonsolidierung zugelassen werde, finde er absolut nachvollziehbar.

Ratsfrau **Paulitschke** (SPD) erinnert daran, dass sie auf der Präsidiumssitzung mitgeteilt habe, dass die Fraktion der SPD diesen Antrag sehr kritisch sehe. Hinsichtlich des Fehlens der Fraktion der SPD bei dem von Ratsherrn **Giermann** angesprochenen Arbeitsgespräch, verweist sie darauf, dass Termine in den Ferien ungünstig seien und hier andere Wege gesucht werden sollten.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) stellt dar, dass der Antrag der Fraktion der SPD gut gemeint sei, so aber nicht funktioniere. Die CDU- Fraktion sagt klar, man benötige Mittel, um CARlbuni in einer Notsituation zu retten. Der Antrag der SPD enthalte Prüfaufträge und hält am Ende nicht die Botschaft, dass CARlbuni Geld bekommt. Nach den Änderungen im Antrag der CDU-Fraktion könne man der Drucksache zustimmen, um CARlbuni zu helfen. Natürlich werden grundsätzlich mehr Mittel für die Wohlfahrt benötigt, da seien sich alle einig. Dennoch sei es kein Argument gegen die Drucksache der CDU-Fraktion. Es stehen sechs Wochen Haushaltsberatungen bevor. Am 10.12.2020 wird die 2. Lesung des Haushaltes erfolgen. In diesen sechs Wochen beauftragt die Fraktion der SPD den Oberbürgermeister, dass er mit dem Innenministerium redet, Drittmittel für die Wohlfahrtspflege reinholt und die Ergebnisse in den Haushalt implementiert. Das werde nicht gelingen. Sie wünscht sich, dass in den Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen auch für die Wohlfahrtspflege mehr gemacht werden kann.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) nimmt Bezug auf den Redebeitrag von Ratsherrn **Dr. Kirchhefer**. Da man sich in der Haushaltskonsolidierung befinde, können freiwillige Leistungen nicht mit mehr Mitteln unterstützt werden. Durch den Antrag der Fraktion der SPD, werde der Oberbürgermeister beauftragt, durch das Innenministerium prüfen zu lassen, was der legale Weg wäre, um Geld zu schöpfen. Die Fraktion der SPD werde in jeden Fall dem Antrag der CDU zustimmen, aber eine Sicherung des Haushaltes muss auch bedacht werden.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) stellt den Antrag auf Schließung der Rednerliste.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, gibt bekannt, dass Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) und Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) zuvor noch Redebedarf angemeldet hatten.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) teilt mit, dass am 01.10.2020 durch das Sekretariat der Abteilung 0.70 an alle Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport die Einladung für den 15.10.2020 verschickt wurde, in dem ein Vertreter der Fraktion gebeten wurde, in der Arbeitsgruppe mitzuarbeiten. Insofern waren alle informiert.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) teilt mit, dass er dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion zustimmen kann.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt den Änderungsantrag Nr. 1 der SPD zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag Nr. 1 wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ursprüngliche Drucksache mit den von Ratsfrau **Dr. Kuhk** vorgetragenen Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/11/2020

12 **Vorlage: BV/VII/0058** **Livestream der Stadtvertretung**

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) führt aus, dass in München der Livestream schon lange geübte Praxis sei. Die Entscheidung, ob und unter welchen Bedingungen Kommunen ihre Sitzungen im Internet übertragen können, liege beim Land. Aus diesem Grund wurde die vorliegende Vorlage als Prüfauftrag an die Verwaltung formuliert. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte hatte seine letzte Kreistagssitzung per Livestream übertragen. Da sich beide kommunale Körperschaften im selben Bundesland befinden, sehe man der Prüfung durchaus positiv entgegen. Wichtig sei jedoch die Botschaft, die mit diesem Antrag verbunden werde: Transparenz der politischen Arbeit, Kontrolle der Ratsfrauen und Ratsherren durch die Öffentlichkeit, Stärkung des öffentlichen Interesses an der kommunalpolitischen Selbstverwaltung und Heranführung der Jugend an die politische Verantwortung. Für Neubrandenburg wünsche sich die CDU-Fraktion eine Abwägung aller mit dem Streamen verbundenen rundfunkrechtlichen, persönlichkeitsrechtlichen und datenschutzrechtlichen Gefahren. Aus diesem Grund werbe sie für die Zustimmung zum Prüfauftrag, bevor in den nächsten Wochen und Monaten für oder gegen eine solche Übertragung der Sitzungen der Stadtvertretung entschieden werde.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/12/2020

13 **Vorlage: BV/VII/0059** **Änderung der Geschäftsordnung der Stadtvertretung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg**

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) erklärt, dass für die ehrenamtlichen Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter, die in einem oder mehreren Ausschüssen/Gremien der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg Mitglied sind, die Niederschrift ein wichtiges Werkzeug sei, um Informationen ihrem jeweiligen Teilnehmerkreis zu transportieren und für die nicht in den Sitzungen Anwesenden mehr Transparenz und Verbindlichkeit zu schaffen. Problematisch werde es allerdings immer dann, wenn die Niederschriften zu den jeweiligen Sitzungsterminen der Fraktionen noch nicht vorliegen. Unter Absatz 5 des Paragraph 17 heißt es: „Die Niederschrift ist innerhalb von 15 Arbeitstagen zur Verfügung zu stellen.“ Für die ordnungsgemäße Vorbereitung für die in der Stadtvertretung zu beschließenden Drucksachen stelle es ein Problem dar, wenn die Niederschriften der vorangegangenen Hauptausschüsse nicht zeitig vorliegen. Aus diesem Grund soll heute ein gemeinsames Ziel vereinbart werden und beantragt mit dieser Vorlage die Bereitstellung der Niederschriften in 10 Arbeitstagen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) unterstützt den Antrag, möchte dennoch gerne zwei Probleme benennen. Sie befürchtet, dass aufgrund des Zeitdrucks nur Festlegungsprotokolle erstellt werden und dadurch viele Informationen verloren gehen. Auch merkt sie an, dass das Büro der Stadtvertretung personell viel zu gering ausgestattet sei, um diesem Anspruch der vorzeitigeren Bereitstellung der Niederschriften gerecht zu werden. Daher bittet sie zu prüfen, inwieweit das Büro der Stadtvertretung personell in dieser Frage verstärkt werden kann.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) bezweifelt, dass die Protokolldisziplin in so kurzer Zeit vollumfänglich beachtet werden kann.

Ratsherr **Stieber** (SPD) begrüßt auch den Gedanken, das Büro der Stadtvertretung personell aufzustocken. Neben der Fertigstellung der Niederschriften in einer verkürzten Zeit, gebe es viele weitere Aufgaben, die angesichts von Technik und anderen Änderungen, in Zukunft

stärker abgefragt werden. Grundlegend sei aber in der Fraktion der SPD die Haltung, dass die Bereitstellung mit 15 Arbeitstagen als ausreichend erachtet werde.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** erklärt auf Nachfrage, dass kein Ergebnisprotokoll gewünscht sei. Die genaue Ausführung und die Details seien für die Beratung in den Fraktionen ausschlaggebend und werden zur Entscheidungsfindung als wichtig erachtet.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) richtet sich an die Verwaltung und fragt, ob überhaupt personelle Möglichkeiten gegeben sind, um eine Bereitstellung der Niederschrift in 10 Arbeitstagen zu gewährleisten. Grundsätzlich unterstütze er den Antrag, aber die Rahmenbedingungen hierfür müssten noch geklärt werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erklärt, dass es der Stadtvertretung obliegt, die Geschäftsordnung zu ändern. Die Gründe, warum Protokolle zu spät bzw. zeitverzögert bereitgestellt werden, seien sehr vielschichtig. Inwieweit die Einstellung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters im Büro der Stadtvertretung diesen Prozess beschleunigt, sei fraglich, da nicht jedes Protokoll im Büro der Stadtvertretung geschrieben werde.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 20 Dafürstimmen, 13 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/13/2020

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, kündigt eine Pause von 10 Minuten (18:05 bis 18:15 Uhr) an.

14 Vorlage: BV/VII/0054 - 1. Lesung
Doppischer Haushaltsplan 2021
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2 Stellenplan
Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, stellt eine Präsentation vor. Die Präsentation wird nach der Sitzung zeitnah im Gremiuminfoportal SessionNet bereitgestellt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) merkt an, dass nach Aufstellung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes allen bewusst war, dass 2021 ein schwieriges Jahr werde. Es gab in Bezug auf die Kunstsammlung und auf den Sport Gespräche mit dem Land. Sie fragt, ob diesbezüglich bereits Verhandlungen erfolgt sind.

Des Weiteren erkundigt sie sich nach den Druckexemplaren für die Mitglieder des Finanzhaushaltes.

Herr **Witt** teilt mit, dass bei der Kunstsammlung Vorgespräche stattfanden und es eine Absage gab. Die 400.000 Euro, die veranschlagt wurden, wären vom Land als Projektförderung unterstützt worden, aber keine institutionelle Förderung. Er verstehe die Konsolidierungsbemühungen des Landkreises, interpretiere die Datenabfrage zur Kreisumlage jedoch so, dass der Landkreis erst die eigene Haushaltskonsolidierung im Vordergrund sehe und den Kommunen erst in 2022 die 2,55 % angeboten werden. Das sei aus seiner Sicht nicht der richtige Weg, weil die Kommunen in diesem Jahr bei der Haushaltsplanung die schwierigen Aufgaben vor sich haben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**15 Vorlage: BV/VII/0055 – 1. Lesung
Doppischer Haushaltsplan 2021
Band 4 Städtebauliches Sondervermögen**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**16 Vorlage: VII/317
Trepptower Tor Platz hier: Errichtung Kunstwerk "Sitzstein der Wünsche"**

Ratsherr **Gille** (SPD) fragt, ob bei Zustimmung dieser Vorlage alle in der Anlage 1 dargestellten baulichen Änderungen/Ergänzungen von der Stadtvertretung mit bestätigt werden. Denn im Stadtentwicklungsausschuss gab es die Information, dass die Anlage nicht zur Entscheidung gehöre. Nun sei die Anlage erneut Bestandteil der heutigen Abstimmung.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sagt, dass die Beschlusspunkte in der Vorlage eindeutig sind und erklärt, dass die Anlage lediglich ein Gestaltungsvorschlag sei, wie man das Kunstwerk, die Sitzmöbel und die Baumbepflanzung verorten könnte. Aber dieser Vorschlag sei nicht verbindlich.

Ratsherr **Gille** präzisiert seine Frage und bezieht sich auf die Baumbepflanzung auf dem Platz. Bei seiner Vor-Ort-Begehung fiel auf, dass beim Bau dieser Anlage eine Entwässerungsanlage (eine Kastenrinne) gebaut wurde. Auf Nachfrage im Stadtentwicklungsausschuss erhielt er die Auskunft, dass diese Anlage regelmäßig gereinigt werde. Nach seiner Beobachtung jedoch sei die Kastenrinne seit dem Bau nie gereinigt worden. Wenn nun dort ein Baum stationiert werde, entstehe das Problem, dass diese Entwässerungsanlage dadurch sinnlos und funktionsunfähig werde. Zudem seien dort Natursteinstufen angebracht. Wenn dort ein Baum gepflanzt wird und Blätter diese Steine bedecken, seien sie eine sehr hohe Unfallgefahr. Er bittet diese Aspekte bei der Entscheidung über die Vorlage mit einzubeziehen. Ein weiteres Problem stellen die geplanten Sitzgelegenheiten dar, die auf eine Mischverkehrsfläche platziert werden sollen. Er habe den Hinweis bekommen, dass durch Schleppkurvennachweise bestätigt wurde, dass dort bei Wendemanövern der Fahrzeuge, keine Gefahr für die dort sitzenden Menschen bestehe. Diesen Nachweis möchte er gerne vorgelegt haben. Außerdem werde diese Fahrbahn nicht nur als Wendeanlage genutzt, sondern auch zum vor- und zurückfahren. Es zweifelt an, dass die Stühle länger als ein Jahr unbeschädigt stehen bleiben. Ratsherr **Gille** bittet vor Beschlussfassung die bestehenden Unfallgefahren zu beachten.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, sichert zu, dass bei Beschlussfassung die von Ratsherrn **Gille** zu Protokoll gegebenen Hinweise bei der Umsetzung Berücksichtigung finden.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 16 Dafürstimmen, 8 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/16/2020

**17 Vorlage: BV/VII/0037
1. Änderung des einfachen Bebauungsplanes Nr.74.3 "Alte Brauerei"
hier: Aufstellungsbeschluss**

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) kritisiert, dass bei kleinsten Investorenwünschen das Konzept in Frage gestellt werde. Oberste Priorität sollte die Entwicklung der bereits leerstehenden Flächen haben. Auch werde die Bebauung von Möbelhäusern an unterschiedlichen

Stellen in der Stadt durch die Fraktion B90/DIE GRÜNEN nicht unterstützt. Mit dieser Entscheidung werde dazu beigetragen, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Wunsch nach neuen Möbeln quer durch alle Stadtteile müssen, um die Auswahl in der Stadt zu erkunden. Das erzeuge zusätzliche Verkehrsströme, die vermieden werden sollten.

Ratsherr **Messner** (CDU) merkt an, dass im Stadtentwicklungsausschuss ausführlich durch die Investoren erklärt wurde, warum der Standort favorisiert werde. Die Idee fand eine einstimmige Zustimmung im Ausschuss.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/17/2020

18 Vorlage: INF/VII/0017 Jahresbericht der Berufsfeuerwehr 2019

Herr **Bühning**, Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst, gibt Erläuterungen zum Jahresbericht, dankt allen Kollegen und insbesondere den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr für ihr ehrenamtliches Engagement. Seinen Dank richtet er auch an die Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen, die die Kameradinnen und Kameraden beschäftigen, sowie an die Ratsfrauen und Ratsherren für die Unterstützung der Feuerwehren.

Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) dankt auch ausdrücklich allen Beschäftigten der Berufsfeuerwehr für ihren Einsatz. Er wirbt dafür, die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr bei ihrem wichtigen Einsatz für das gesellschaftliche Zusammenleben in Neubrandenburg zu unterstützen.

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

19 Vorlage: VII/273 - 2 Änderungsblätter Kommunales Sicherheitskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) dankt der Verwaltung, dass acht von neun durch die Fraktion DIE LINKE eingebrachten Änderungsanträge modifiziert übernommen wurden. Mit dem Kompromiss, der mit dem Änderungsblatt der Verwaltung gefunden wurde, kann die Fraktion leben. Darum zieht die Fraktion DIE LINKE ihren Änderungsantrag Nr. 1 zurück und wird dem Sicherheitskonzept mehrheitlich zustimmen.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) bringt zum Ausdruck, dass es gut war, das Konzept noch einmal in den Gremiendurchlauf zu geben. Die Botschaft, dass sich die Ratsfrauen und Ratsherren mehr Ausgewogenheit gerade bei nachfolgenden Beschlüssen wünschen, war angekommen. Insofern könne auch die Fraktion der SPD jetzt zustimmen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN) schließt sich den Vorrednern an. Es war der richtige Weg, nochmal ausführlich zu diskutieren und gemeinsam Formulierungen zu finden, gerade auch, was die Videoüberwachung betraf. Dies sei gelungen und insofern habe sich der Aufwand gelohnt. Auch die Fraktion B90/DIE GRÜNEN zieht ihren Änderungsantrag Nr. 2 zurück, weil er im Änderungsblatt der Verwaltung berücksichtigt wurde und wird dem Sicherheitskonzept jetzt ebenfalls zustimmen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/19/2020

20 Vorlage: BV/VII/0040
Neubildung des Standesamtsbezirks

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/20/2020

21 Vorlage: BV/VII/0039
Beschluss über die Kofinanzierung eines Mehrgenerationenhauses in dem Zeitraum 2021 bis 2028 in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bringt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion ein und wirbt um Zustimmung. Er erklärt, dass die Punkte drei und vier des Antrages als Art „Vorratsbeschluss“ zu betrachten seien, um vorbereitet zu sein, falls sich in diesem langen Förderzeitraum die Möglichkeit eröffnet, dass auch das zweite Neubrandenburger Mehrgenerationenhaus durch das zuständige Ministerium gefördert wird.

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion DIE LINKE:

1. Die Stadtvertretung Neubrandenburg bekennt sich zu seinen zwei Mehrgenerationenhäusern, die in die kommunalen Planungen zur Bewältigung des demografischen Wandels einbezogen werden.
2. Die Stadtvertretung unterstützt die Bewerbung des Mehrgenerationenhauses, die beim zuständigen Bundesministerium aus dem laufenden Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ aus der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg eingeht und beschließt die Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses für die Jahre 2021 bis 2028.
3. Die Stadtvertretung unterstützt die Bewerbung eines zweiten Mehrgenerationenhauses, dass nicht im laufenden Bundesprogramm gefördert wurde, für die neue Förderperiode 2021 bis 2028 und beschließt bei Bedarf die Kofinanzierung dieses Mehrgenerationenhauses für die Jahre 2021 bis 2028.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bei Notwendigkeit eine anteilmäßige Finanzierung von 50 Prozent durch den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu erwirken.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmung über den Änderungsantrag: Der Änderungsantrag wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/21/2020

22 Vorlage: BV/VII/0045
7. Fortschreibung der Sportförderrichtlinie der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/22/2020

Die Tagesordnungspunkte 23 bis 38 werden in verbundener Aussprache behandelt.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, verweist auf die Blockabstimmung und die nachträgliche Vergabe der Beschlussnummern durch das Personal im Büro der Stadtvertretung. (Hier nicht gesondert dargestellt.)

Ratsherr **Schwanke** (CDU) dankt namens der CDU-Fraktion allen, die an der Erstellung der Jahresabschlüsse mitgearbeitet haben, den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses und der Verwaltung, hier besonders dem Finanzservice sowie dem Rechnungsprüfungsamt, für die geleistete Arbeit. Nach vielen Jahren größter Anstrengung ist es gelungen, die Abschlüsse innerhalb der vorgeschriebenen Prüfungszeit vorzulegen.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) schließt sich dem Dank an und lobt die gute Arbeit, die im Rechnungsprüfungsamt geleistet wird.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) führt aus, dass in den vergangenen Jahren hier immer bessere Zahlen, als die Planung vorausgesehen hatte, zu Buche standen und hofft, dass dieser Vorteil auch für das Haushaltsjahr 2020 dargestellt werden kann, um die Konsolidierungsziele schneller zu erreichen.

- 23 Vorlage: INF/VII/0007**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Altstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 24 Vorlage: BV/VII/0027**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Altstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/24/2020

- 25 Vorlage: INF/VII/0008**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Datzeberg" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 26 Vorlage: BV/VII/0028**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Datzeberg" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/26/2020

- 27 Vorlage: INF/VII/0009**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 28 Vorlage: BV/VII/0029**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: STV 11/28/2020

- 29 Vorlage: INF/VII/0010**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt - Die Soziale Stadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 30 Vorlage: BV/VII/0030**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt - Die Soziale Stadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: STV 11/30/2020

- 31 Vorlage: INF/VII/0011**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Oststadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 32 Vorlage: BV/VII/0031**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Oststadt" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: STV 11/32/2020

- 33 Vorlage: INF/VII/0012**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Oststadt-Grün" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 34 Vorlage: BV/VII/0032**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Oststadt-Grün" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: STV 11/34/2020

- 35 Vorlage: INF/VII/0013**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "URBAN II" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 36 Vorlage: BV/VII/0033**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "URBAN II" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/36/2020

- 37 Vorlage: INF/VII/0014**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Wolgaster Straße" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 38 Vorlage: BV/VII/0034**
Feststellung des Jahresabschlusses des Städtebaulichen Sondervermögens "Wolgaster Straße" der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/38/2020

- 39 Vorlage: INF/VII/0015**
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019

Die Mitglieder der Stadtvertreter nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

- 40 Vorlage: BV/VII/0035**
Feststellung des Jahresabschlusses der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg zum 31.12.2019 und Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2019

Beschlussfassung: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 11/40/2020

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 20:35 Uhr geschlossen.

gez. Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez. Aylin Graubmann
Protokollantin